

Unternehmensappell an

Hubert Aiwanger, Bayrischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Freie Wähler

Dr. Andreas Lenz, Mitglied des Deutschen Bundestages, CSU, Bayern
Sprecher & Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Sebastian Roloff, Mitglied des Deutschen Bundestages, SPD, Bayern
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Energiewende als Wirtschaftschance sichern, nicht blockieren

Betrifft: Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie:

„Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Synchronisierung des Anlagenzubaues mit dem Netzausbau sowie zur Verbesserung des Netzanschlussverfahrens“

Sehr geehrte Herren,

als Unternehmen, die tagtäglich in und für Bayern investieren, Arbeitsplätze sichern und Wertschöpfung schaffen, wenden wir uns heute mit einem klaren Anliegen an Sie: Wir fordern Sie auf, sich unmissverständlich zu den Energiewende- und Klimazielen zu bekennen – und mit Ihrer Partei den vorliegenden Referentenentwurf des Netzpakets grundlegend zu überarbeiten.

Bayern braucht die Energiewende. Denn sie ist eine zentrale wirtschaftliche und sicherheitspolitische Grundlage für das Land. Wir beobachten mit Sorge, dass die Energiewende in der Politik zunehmend als reiner Kostenfaktor diskutiert wird. Dieses Narrativ ist gefährlich für den Bayrischen Wirtschaftsstandort. Wir Unternehmen, die in und aus Bayern heraus in erneuerbare Energien, Netze, Speicher und Dienstleistungen investieren, schaffen und sichern gemeinsam Arbeitsplätze in diesem Land. Wir bilden Wertschöpfungsketten, die von Privatpersonen, der Immobilienwirtschaft, dem Mittelstand, dem Handwerk bis zur Industrie reichen. Wird der Ausbau erneuerbarer Energien politisch ausgebremst, trifft das Bayrische Unternehmen und ihre Beschäftigten. Stillstand oder Verlangsamung der Energiewende bedeuten für Bayern weniger Aufträge, weniger Innovation und den Verlust von Wertschöpfung.

Wie in der Problembeschreibung des Referentenentwurfs deutlich wird, ist Energiewende mehr als der Ausbau von Installationskapazitäten. Deshalb braucht es eine moderne Netzpolitik. Diese würde beinhalten, Netzausbau, Digitalisierung, Sektorenkoppelung, Flexibilitätsoptionen und Speicherintegration konsequent zu beschleunigen.

Durch das vorliegende Netzpaket dagegen drohen zusätzliche Unsicherheiten, Verzögerungen und Kostensteigerungen. Das schwächt nicht nur die Transformationsdynamik, sondern gefährdet auch die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts München.

Um nur einige Punkte beispielhaft darzustellen:

- Der sogenannte **Redispatch-Vorbehalt untergräbt Planungs- und Investitionssicherheit**: In vielen Netzregionen müssten Betreiber für den Zugang zum Stromnetz 10 Jahre auf Erlöse verzichten, sollte der Netzbetreiber Energiemengen abregeln. Das bedeutet einen faktischen Baustopp für viele auch bereits fertig geplante Projekte. Die Netzbetreiber, die für die effiziente Nutzung und den Netzausbau Verantwortung tragen sollten, werden so aus der Verantwortung entlassen. Wie flächendeckend diese Einschränkungen gelten, kann derzeit nicht einmal das Wirtschaftsministerium selbst beantworten.
- **Unübersichtlicher Flickenteppich dank Sonderregeln jeder 866 Verteilnetzbetreiber**: Der Entwurf sieht vor, dass Verteilnetzbetreiber eigenmächtig Regeln für den Netzanschluss festlegen dürfen. Wir fordern einheitliche Regeln unter anderem, wie „voll“ im Stromnetz definiert wird und eine einheitliche Plattform, die freie Kapazitäten deutschlandweit einheitlich transparent macht.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für wichtig, dass die Interessen der Bayrischen Energie-Unternehmen angemessen berücksichtigt werden. Die Versäumnisse liegen aktuell bei der Digitalisierung und Flexibilisierung der Netze sowie beim intelligenten Stromverbrauch. Instrumente wie „Nutzen statt Abregeln“, der Ausbau von Batteriespeichern und ein konsequenter Smart-Meter-Rollout sind entscheidend und werden seit Jahren verschleppt. Diese Hebel verbessern die marktlichen Bedingungen für alle Erneuerbaren und damit auch für die Unternehmen, die in Bayern Arbeitsplätze sichern. Gleichzeitig stärken sie die Netzstabilität und senken die Netzkosten. Reformen sind notwendig, um die Energiewende effizienter zu machen, sie müssen aber im Einklang mit der Energiewende- und Klimaziele sein und dürfen nicht einseitig zulasten der wirtschaftlich agierenden Unternehmen ausfallen.

Wir appellieren an die Bayrische Politik, als Vertreterin marktwirtschaftlicher Prinzipien, die Energiewende konstruktiv zu gestalten und Planungssicherheit zu gewährleisten. Ein effizienter Bürokratieabbau, die Digitalisierung und bundesweit einheitliche Regeln sind entscheidend für Bayerns wirtschaftliche Zukunft. Wir rufen zu einem klaren Bekenntnis zu den Chancen der Energiewende und zu einer ambitionierten Umsetzung auf, damit Arbeitsplätze und Wertschöpfung auch in Bayern gesichert werden. Gerne stehen wir für einen konstruktiven Austausch zur Verfügung und laden Sie zu einem persönlichen Gespräch ein, um dies zu vertiefen.

